

Diskussionspapier: Stadt und Landwirtschaft im Dialog

Heidrun Moschitz, Bettina Scharrer, Gælle Bigler

Die heutige Art und Weise der Produktion und des Konsums von Nahrungsmitteln trägt wesentlich zu Umweltbelastungen bei. Das vorliegende Diskussionspapier erläutert Handlungsfelder und Lösungsansätze, welche eine nachhaltige Gestaltung der städtischen Ernährungssysteme in der Schweiz vorantreiben. Der Fokus liegt auf dem Dialog zwischen Stadt und Landwirtschaft und dessen Potenzial, die Nachhaltigkeit in unserer Ernährung zu fördern.

Unsere Ernährung trägt – über Produktion, Verarbeitung und Konsum – zu 30 Prozent der Umweltbelastung in der Schweiz bei (Jungbluth et al. 2012). Hinzu kommt, dass ernährungsbedingte gesundheitliche Beeinträchtigungen zunehmen (Keller et al. 2012). Es ist daher unerlässlich, die komplexen Prozesse in Bezug auf unser Ernährungssystem näher unter die Lupe zu nehmen.

Am 14. Juni 2018 trafen sich rund 25 Fachleute aus Verwaltung, Forschung und Praxis, aus Stadtentwicklung, Raumplanung und Landwirtschaft zum Expertenworkshop «Stadt und Landwirtschaft – Erneuerung des Dialogs» in Bern – organisiert in einer Kooperation der akademischen Gesellschaften saguf, Schweizerischen Gesellschaft für Agrarwirtschaft und Agrarsoziologie (SGA) und Schweizerische Gesellschaft für ländliche Geschichte (SGLG). Die Fachleute diskutierten einen Tag lang Handlungsfelder und Lösungsansätze für eine nachhaltigere Gestaltung des Ernährungssystems, mit einem speziellen Fokus auf der Förderung des Dialogs zwischen Stadt und Landwirtschaft. Das vorliegende Papier fasst die Ergebnisse zusammen und möchte damit die Dis-



Gruppendiskussion im Expertenworkshop «Stadt und Landwirtschaft – Erneuerung des Dialogs» vom 14. Juni 2018.

Foto: Manuela Di Giulio

kussion in alle interessierten Institutionen und Organisationen weitertragen.

Spätestens seit der Erklärung des Urban Food Policy Pact¹ haben zahlreiche Städte Ernährungspolitik auf ihre kommunale Agenda gesetzt, um einen konkreten und wirksamen Einfluss auf die Ausgestaltung ihrer Ernährungssysteme hin zu mehr Nachhaltigkeit auszuüben (Doernberg et al. 2016).

Oftmals wird das Thema Ernährung und Lebensmittel auf die Frage der Lebensmittelerzeugung und Konsumententscheidungen reduziert und viele Probleme letztendlich mit fehlendem Wissen

1 Unterzeichnet von folgenden Schweizer Städten: Basel, Genf, Lugano, Zürich.
www.milanurbanfoodpolicypact.org

einer zunehmend städtischen Bevölkerung erklärt. Eine solche Reduktion auf Dualismen zwischen Stadt und Land, nicht-landwirtschaftlichem Wissen und landwirtschaftlichem Wissen, Konsum und Produktion vernachlässigt allerdings, dass die Lebensmittelerzeugung in ein System mit Zulieferern, Verarbeitung, Transport, Distribution, Handel und Konsum eingebettet ist. Entscheidungen und Prozesse in all diesen Bereichen beeinflussen einander gegenseitig. Entsprechend sind zahlreiche Politikfelder mit dem Komplex von Ernährung und Lebensmitteln beschäftigt: Agrarpolitik, Raumplanung, Verkehr, Umwelt, Gesundheit, Sozialpolitik.

Ziel dieses Diskussionspapiers ist es, die Erneuerung des Dialogs zwischen Stadt und Landwirtschaft anzuregen und aufzuzeigen, welche Aspekte ein solcher Dialog umfassen kann und soll. Produzenten-Konsumenten Beziehungen spielen in diesem Zusammenhang eine gewichtige Rolle. Momentan herrscht eine starke Konzentration des Detailgrosshandels vor, der eine Marktmacht sowohl gegenüber den Produzenten als auch den Konsumenten ausübt und die direkte Beziehung zwischen Produzenten und Konsumenten erschwert. Welche Möglichkeiten Städte haben, diese Beziehungen und damit den Dialog zwischen Produzierenden und Konsumierenden zu erneuern, werden im vorliegenden Diskussionspapier aufgezeigt.

Stadt als Handlungsraum

Städte sind besonders geeignet, um einen Dialog zwischen Lebensmittelerzeuger/-innen- und Verbraucher/-innen zu gestalten. Die verschiedenen Politikfelder, die mit Ernährung und Lebensmittelproduktion zu tun haben, sind auf Stadtebene weniger stark voneinander getrennt. Die Wege zwischen den unterschiedlichen Departementen sind kürzer und die Akteure in Zivilgesellschaft und Markt sind eher bekannt, als auf Bundesebene. Diese Nähe gilt es zu nutzen, um Räume für Begegnung und Austausch zu schaffen.

Heute leben rund 85 Prozent der Schweizer Bevölkerung in Städten; alleine in den Städten Zürich, Genf, Basel, Bern, Lausanne leben 40 Prozent der Gesamtbevölkerung. Dort können über die Politiken der Stadt und im Dialog mit der lokalen Bevölkerung die Ausrichtung des Ernährungssystems beeinflusst werden, z.B. eine Unterstützung für eine Ökologisierung und Relokalisierung des Ernährungssystems.

Im Expertenworkshop «Stadt und Landwirtschaft – Erneuerung des Dialogs» wurde diesem Potenzial von Städten Rechnung getragen. Es kristallisierten sich drei Handlungsfelder heraus, die im folgenden Kapitel diskutiert werden.



Gemeinschaftsgarten Landhof in Basel.

Foto: Thomas Alföldi, FiBL

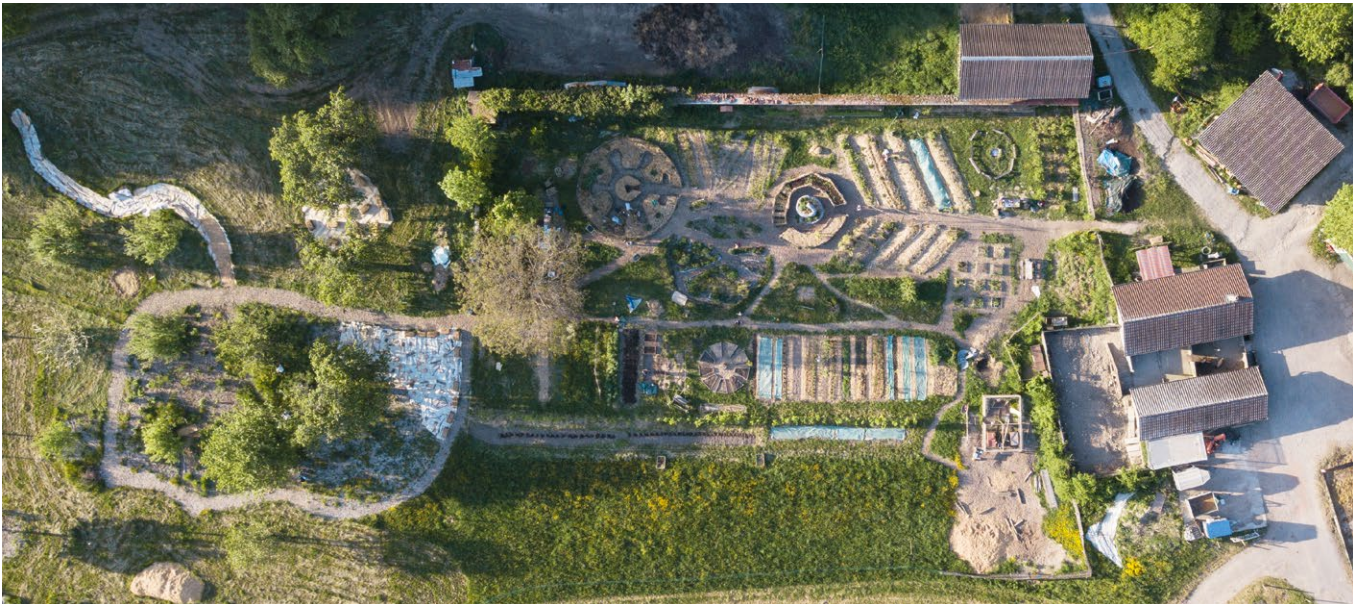
1. Überwindung tradierter Logik und Denkmuster der Akteure im Ernährungssystem.
2. Erhöhung der Transparenz, des Wissens und der Information.
3. Lernen von guten Beispielen.

Wichtige Handlungsfelder

Tradierte Logik und Denkmuster

Ein Teil des Problems sind die vorherrschende Logik und die tradierten Denkmuster, die sich im Zuge der Industrialisierung und Modernisierung der Landwirtschaft herausgebildet haben. Landwirtschaftliche Betriebe sind heute weitgehend – ganz anders als von der romantisierenden, idyllischen Werbung dargestellt – in einen global agierenden Agro-Industrie-Komplex integriert, werden vielfach auf die Funktion eines reinen Rohstofflieferanten reduziert und stehen unter ständigem Innovations- und Wachstumsdruck. Bedingt durch die Konzentrationsprozesse auf der Verarbeitungs- und Handelsstufe stehen landwirtschaftliche Betriebe einer massiv ungleichen Marktmacht von wenigen Abnehmern gegenüber, welche den Preisdruck erhöhen können, was eine nachhaltige, regionale Produktion ebenfalls erschwert.

Ein weiteres Problem zeigt sich zudem in der Bildung von geschlossenen und abgegrenzten disziplinären Departementen und Ämtern und der Fragmentierung in Politikfelder, die über Teilaspekte des Ernährungssystems bestimmen. Eine teilweise inkohärente Politik ist die Folge davon. So steht beispielsweise die Agrarpolitik des Bundes teils in Widerspruch zu den Empfehlungen des Bundesamtes für Gesundheit. Während zum Beispiel die Fleischproduktion von der Agrarpolitik über das Direktzahlungssystem gefördert wird, ermutigen Empfehlungen des Bundesamtes für Gesundheit bzw. des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen dazu, den Fleischkonsum einzuschränken.



Das kollektiv geführte Projekt «Rovéréaz – der agrarökologischer Hof» hat mehrere Teilprojekte: Der «Jardin aux 1000 mains», ein pädagogischer, offener und partizipativer Garten (Foto), die 28.5 ha grosse «ferme de Rovéréaz» und die «Coopérative l'autre temps».

Letztendlich haben sich durch diese politischen und marktgetriebenen Prozesse Strukturen und Denkmuster in Wirtschaft und Politik herausgebildet, die eng auf einzelne Kernbereiche fokussieren und dabei Effizienz und Gewinnmaximierung innerhalb der Wertschöpfungsketten in den Vordergrund stellen. In Ausbildung und Beratung werden diese Denkmuster oftmals reproduziert.

Eine ganzheitliche Betrachtungsweise des Ernährungssystems, die den territorialen Aspekt der Lebensmittelerzeugung einbezieht, findet kaum noch statt. Da das Thema Ernährung vielfältige Bereiche umfasst, ergibt sich die Frage, wie alte Logiken überwunden werden und neue Denkmuster entstehen können, die über die Grenzen von Politik- und Wirtschaftsfeldern hinweg wirken. Ein Dialog zwischen den verschiedenen Wirtschaftsbereichen und Politikfeldern erfordert bei allen Beteiligten den Willen und eine Offenheit für Veränderungen. Es braucht ein echtes Interesse an der Position des Gegenübers und am Dialog miteinander.

Mangelnde Transparenz und Information

Das aktuell vorherrschende System der Lebensmittelversorgung von Konsumentinnen und Konsumenten ist zwar aus ökonomischer Sicht sehr effizient, um die Bevölkerung ausreichend mit frischen Lebensmitteln zu versorgen, es ist aber sehr intransparent. Kunden von Grossverteilern wird oft ein falsches Bild der Produktionsbedingungen suggeriert. Sowohl in der Ausgestaltung der Geschäfte, in der Werbung sowie auf digitalen Einkaufsplattformen werden Idealvorstellungen einer bäuerlichen nachhaltigen Landwirtschaft präsentiert, welche nicht der Realität entsprechen. Produktions- und Verarbeitungsprozesse bleiben weitgehend ausgeblendet. Im Detailhandel, wo der Grossteil der

Lebensmittel eingekauft werden, ist es als Kunde nicht möglich, sich direkt über Qualität und Preis von Produkten auszutauschen. Durch den Akt des Kaufs und Verkaufs kommt kein Dialog zwischen Produzentin und Konsument zustande. Die Intransparenz wirkt so in beide Richtungen: weder wissen Konsumenten, wer die Produkte wie hergestellt hat, noch wissen die Produzenten, wer ihre Produkte kauft und was die Bedürfnisse der Konsumenten sind. Gleichzeitig ist Kenntnis und Wissen um ein System die Grundlage für politische Entscheidungen, die Konsumentinnen wie Produzentinnen und alle anderen Akteure der Wertschöpfungskette als Bürgerinnen und Bürger treffen. Fehlendes Wissen um etwas so Grundlegendes wie Ernährung schränkt also demokratische Entscheidungen hierzu ein.

Obwohl dies kein rein städtisches Problem ist, sondern insgesamt die Situation auf dem Lebensmittelmarkt in Stadt und Land widerspiegelt, stellt sich die Frage, was Städte tun können, um das gegenseitige Wissen zu verbessern. Wie können Räume für den Austausch von Wissen zur Lebensmittelversorgung und Ernährung geschaffen werden? Welche Sprache braucht es, um die unterschiedlichen Akteure in einen Dialog zu bringen und sich gemeinsam zu verständigen, wie beispielsweise landwirtschaftliche Güter verteilt werden sollen und Preis und Qualität ausgehandelt werden können.

Lernen von Guten Beispielen

Es gibt bereits zahlreiche Initiativen sowohl von der Stadtbevölkerung wie auch in der Landwirtschaft, welche die eingangs des Kapitels beschriebenen Lücken schliessen wollen. Landwirte wirken den erläuterten Problemen und Abhängigkeiten entgegen,



Feldarbeit einer Initiative für Regionale Vertragslandwirtschaft in Genf. Foto: Eric Roset



Preis im Kanton Genf für nachhaltige und innovative Gastronomen im Rahmen der «semaine du goût 2018» – Zeremonie der Siegerehrung. Foto: Greg Clément

indem sie innovative Formen der Vermarktung suchen, eigene Verarbeitungsstufen und Vermarktungsstrukturen aufbauen oder vermehrt Kooperationen untereinander oder mit Bürgerinnen und Bürger wie auch mit den regionalen, handwerklich-gewerblichen Verarbeitern suchen. Beispiele hierfür sind u.a. Bauernmärkte, Kooperationen von Konsumenten und Konsumentinnen mit Landwirten und Landwirtinnen im Rahmen der Regionalen Vertragslandwirtschaft (RLV)², das Modell des partizipativen bäuerlichen Supermarkts wie es in Genf mit la Fève umgesetzt wurde oder kollektive Produzentenverkaufsstellen wie z.B. «Dorigno» bei Nyon. Aber auch Foodcoops, Erzeuger- Verbraucher-Genossenschaften, z.B. der Hallerladen in Bern, und städtische Schreber- oder Gemeinschaftsgärten zählen hier dazu. Doch ungeachtet deren zunehmenden Beliebtheit, treffen diese konkreten Entwicklungen und teils bottom-up-Aktivitäten auf verschiedene Schwierigkeiten, welche eine Breitenwirkung auf das bestehende Ernährungssystem verhindern. Eine grosse Schwierigkeit hier sind gewisse gesetzliche Rahmenbedingungen in der Raumplanung, zu Hygienevorschriften und des Kartellrechts, welche primär auf die Bedürfnisse industrieller Verarbeitung ausgerichtet sind und den Aufbau dezentraler, regionaler und kleinerer Vermarktungs- und Verarbeitungsstrukturen sowie Kooperationen zwischen Produzenten behindern.

Des Weiteren wird die Möglichkeit, eine landwirtschaftliche Tätigkeit aufzunehmen, durch die Regelung betreffend Zugang zu landwirtschaftlichem Land erschwert. Darüber hinaus basieren insbesondere Kooperationen zwischen Bürger/-innen und Pro-

duzierenden wie z.B. die RVL teils auch auf Freiwilligenarbeit und auf der Bereitschaft der Mitglieder, die Betriebskosten über entsprechend faire Lebensmittelpreise zu decken. Dies bedingt viel Kommunikation mit und Aufklärung der Verbraucher, was eine Herausforderung darstellen kann. Diese exemplarisch dargelegten, von zivilgesellschaftlichen Akteuren und/oder Produzenten initiierten Initiativen und Kooperationen können aufgrund der erwähnten Hindernisse und komplexen Rahmenbedingungen nicht allein agieren. Den kommunalen Regierungen und Behörden kommt somit eine wichtige Rolle bei der Mitgestaltung und Umsetzung der städtischen Ernährungs- und Agrarpolitik zu. Weiter können sie Einfluss nehmen auf die kantonalen Politiken oder, z.B. über den Städteverband, auch auf die Bundespolitik, um verbesserte Rahmenbedingungen zu schaffen.

Lösungsansätze

Städte können entweder als Akteur direkt handeln, um das Ernährungssystem nachhaltiger und regionaler zu gestalten, oder über eine breite Vernetzung, über Allianzen und politische Einflussnahme die Rahmenbedingungen verbessern, sodass Veränderungen und Initiativen in Richtung Nachhaltigkeit sich vorteilhaft entwickeln können.

Städte als Akteure für die Ausgestaltung nachhaltiger lokaler Ernährungssysteme

Gemeinschaftsverpflegung

In der Schweiz nimmt der Trend zur auswärtigen Verpflegung ungebrochen zu (Bochud et al. 2017). Aktuell geben Schweizer/-innen durchschnittlich 4.5 Prozent ihres Einkommens für aus-

2 RVL, in der Romandie als Agriculture contractuelle de proximité (ACP) bezeichnet, basiert auf einer Partnerschaft und direkten Beziehungen zwischen Konsumenten und einem oder mehreren Produzenten, um Risiken, Verantwortung und Nutzen der Landwirtschaft gemäss dauerhaften und verbindlichen Vereinbarungen (Verträgen) zu teilen.



Event-Woche «Zürich isst».

Foto: Brigit Rufer, Stiftung Mercator Schweiz



Food-Safe-Bankett als Abschlussveranstaltung der «Kulinata-Woche» 2018 in Bern. Foto: Pascale Amez

wärtige Verpflegung aus (BFS 2014). Entsprechend können Städte über die Gemeinschaftsverpflegung einen erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung städtischer Ernährungssysteme hinzu mehr Nachhaltigkeit und Regionalität nehmen. Sie können für die Zulieferung von Kantinen – unter Beachtung der Auflagen für das öffentliche Beschaffungswesen – regionale Produzenten und Verarbeiter stärker berücksichtigen sowie einen bestimmten Anteil an biologisch produzierten Nahrungsmitteln festlegen. Leuchtturmbeispiele in diesem Bereich sind etwa Nürnberg als BioMetropole oder Kopenhagen mit einem Bio-Anteil von über 90 Prozent in der Gemeinschaftsverpflegung.³ In der Schweiz setzt sich z.B. Lausanne für eine nachhaltige Gemeinschaftsverpflegung mit dem Programm «Plan de restauration collective durable RCD» ein (Box Beispiel 1).

Direktvermarktungsstrukturen und Austausch zwischen Konsumenten und Produzenten

Städte können Betriebe, Initiativen und Projekte unterstützen, welche unabhängige Verarbeitungs- und Direktvermarktungsstrukturen für Lebensmittel aufbauen und damit eine Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Produzenten und Konsumenten anstreben. Beispiele hierfür sind z.B. das Programm «Nourrir la ville» in Genf oder das Massnahmenpaket «nachhaltige Ernährung Basel-Stadt 2018-2021» in Basel (Box Beispiel 2). Derartige Programme öffnen Räume für einen Dialog zwischen den am lokalen Ernährungssystem beteiligten Akteuren und ermöglichen, neue konkrete Strukturen zu schaffen, z.B. Markthallen, Internetplattformen etc. Langfristig können Städte mit solchen Programmen, welche möglichst partizipativ und bedürfnisorientiert entwickelt

werden, die Etablierung neuer Pfade in den regionalen Wertschöpfungsketten ermöglichen. Weitere gute Beispiele sind das Label GRTA (Genève Région – Terre Avenir) in Genf (Box Beispiel 3) oder die im Juni 2018 lancierte «la politique agricole urbaine» in Lausanne. Weiter können Städte finanzielle Mittel zur Unterstützung und zum Aufbau ökologisch-regionaler Projekte und Bürgerinitiativen zur Verfügung stellen.

Sensibilisierung

Viele Schweizer Städte entwickeln Steuerungsinstrumente und Massnahmen, welche den Informationsaustausch, den Wissenstransfer und die Sensibilisierung der Bevölkerung für Ernährungsfragen fördern. Dies kann einerseits durch Veranstaltungen wie z.B. die Kulinata-Wochen in Bern, die jährlich schweizweit stattfindende Genusswoche, Erlebnismonate wie «Zürich isst» oder aber durch die Schaffung fixer Austausch- und Lernorte sowie Marktplätze wie das «Maison MATerre» in Genf gefördert werden. Vielfach wirken die Aktivitäten über den eigentlichen Anlass hinaus und geben die Initialzündung zu weiteren Aktionen oder zur Gründung von institutionalisierten Netzwerken wie z.B. in Zürich.⁴

Erweiterter Gestaltungsraum und politische Einflussnahme durch Vernetzung

Oft stossen Projekte für eine Neuausrichtung der Landwirtschaft und des Ernährungssystems an Grenzen, bedingt durch etablierte Strukturen und gesetzliche Rahmenbedingungen, welche eine Weiterentwicklung auf einer grösseren Skala und eine langfristige breite Wirkung verhindern. Hier können Städte unterstützen, indem sie Koalitionen und Netzwerke schaffen, und damit einen breiten Diskurs zum Ernährungssystem anstossen. Damit

³ Erreicht wurde der 90%-Anteil in Kopenhagen u.a. mit einem speziell dafür konzipierten Bio-Cuisine Logo mit drei Abstufen am Bioanteil in den zubereiteten Mahlzeiten (30–60% Bronze; 60–90% Silber, 90–100% Gold)

⁴ In Zürich bildeten die Erlebnismonate «Zürich isst», welche 2015 stattfanden, den Ausgangspunkt für die Schaffung eines beständigen Netzwerks.

lässt sich mehr Gewicht für das Einbringen politischer Vorstösse in Parlamenten erlangen. Eine solche überregionale Vernetzung von Städten wurde z.B. in Italien und Deutschland erfolgreich vorangebracht, indem sich Bio-Städte in Netzwerken zusammengeschlossen haben. Im Jahr 2018 wurde das «European Organic Cities Network» gegründet, welches auf EU-Ebene von wichtigen Partnern unterstützt wird und u.a. Einfluss auf die Ernährungs- und Agrarpolitik zu nehmen sucht⁵. Ebenfalls kann mit der Schaffung von Ökomodellregionen (sog. biodistretti) sowohl das politische Gewicht, als auch der gesamte Handlungsradius ausgeweitet werden wie z.B. das Leuchtturmprojekt «Ökomodellregion Nürnberg, Nürnberger Land, Roth» zeigt⁶. Diese Beispiele zeigen auch, dass eine Vernetzung unterschiedlicher Akteure unter Einbezug der Zivilgesellschaft nötig ist, um breite, wirksame Koalitionen für den Aufbau nachhaltiger Ernährungssysteme zu schaffen.

Ausblick

Schweizer Städte nehmen ihre Rolle als aktive Mitgestalterinnen für die Schaffung eines nachhaltigen Ernährungssystems zunehmend und mit unterschiedlichen Strategien wahr. Wie hier kurz aufgezeigt wurde, ist offensichtlich, dass es bedingt durch die Komplexität des heutigen Agrar- und Ernährungssystems, verschiedene Ansätze braucht: Von der Unterstützung von partizipativen bottom-up-Initiativen aus der Zivilgesellschaft, über die Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen für nachhaltige Nahrungsmittelproduzenten, Verarbeiter und Gastronomen bis hin zur direkten Einflussnahme auf die Verpflegung in öffentlichen Institutionen. In vielen Schweizer Städten wird sowohl seitens der öffentlichen Hand, als auch seitens der Zivilbevölkerung vieles unternommen, um den Dialog und die Verbindung von Stadt und Landwirtschaft neu zu beleben. Die in Gang gekommenen Prozesse und Entwicklungen haben ein vielversprechendes Potenzial, die Ernährungssysteme unserer Städte in Richtung Nachhaltigkeit umzugestalten und sie sind bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Hierfür sind weitere Anstrengungen aller beteiligten Akteure und der Zivilgesellschaft nötig, wie auch die Vertiefung des Dialogs zwischen Landwirtschaft und Stadt.

5 Im Fokus des Organic Cities Network Europe stehen städtische Ernährungsinteressen und Stadt-Land-Vernetzung in die europäische Agrarpolitik einzubringen, Ernährungssicherheit und nachhaltige Entwicklung zu verfolgen sowie zur Erreichung der Ziele des Pariser Abkommens über Klimawandel, der Sustainable Development Goals (SDGs) und des Milan Urban Food Policy Pact beizutragen. Durch die verbindliche Zusammenarbeit können sich die Städte in Brüssel mehr Gehör verschaffen und auf ihre Anliegen aufmerksam machen.

6 In Bayern (D) gibt es 27 Ökomodellregionen, in Italien aktuell 32 Biodistrikte

Referenzen

- Bundesamt für Statistik, 2014. Haushaltserhebungen, Resultate. Bundesamt für Statistik, Bern.
- Doernberg, A., Voigt, P., Zasada, I., Piorr, A. 2016. Urban food governance in German cities: actors and steering instruments. 12th European IFSA Symposium, Social and technological transformation of farming systems: Diverging and converging pathways, Harper Adams University.
- Jungbluth, N., Itten, R., Stucki, M. 2012. Umweltbelastungen des privaten Konsums und Reduktionspotenziale. ESU-services Ltd. im Auftrag des BAFU, Uster, CH, retrieved from: www.esu-services.ch/projects/lifestyle.
- Keller, U., Battaglia Richi, E., Beer, M., Darioli, R., Meyer, K., Renggli, A., Römer-Lüthi, C., Stoffel-Kurt N. 2012. Sechster Schweizer Ernährungsbericht. Bundesamt für Gesundheit, Bern.
- Bochud, M., Chatelan, A., Blanco, J.-M. 2017. Menu CH, Nationale Ernährungserhebung. Anthropometric characteristics and indicators of eating and physical activity behaviors in the Swiss adult population. Results from menu CH 2014-2015. Report on behalf of the Federal Office of Public Health and the Food Safety and Veterinary Office, CHUV, Institut Universitaire de Médecine Sociale et Préventive (IUMSP), Lausanne.



Foto : Brigit Rufer

Beispiel 1 Lausanne

Die Stadt Lausanne hat 2015 Leitlinien für die öffentliche Gemeinschaftsverpflegung ausgearbeitet (Plan de restauration collective durable (RCD)). Ziel ist es u.a., regional und nach Möglichkeit ökologisch produzierte Lebensmittel stärker in der Gemeinschaftsverpflegung zu berücksichtigen. Dies soll mit Hilfe von fünf Zielen erreicht werden:

1. Regionalität und Transparenz: 70 Prozent der zu beschaffenden Lebensmittel für die Gemeinschaftsverpflegung werden in einem Umkreis von 70 Kilometer von Lausanne besorgt.
2. 30 Prozent der zu besorgenden Lebensmittel sind mit einem Label ausgezeichnet, nach Möglichkeit Bio, aber auch Labels für faire, nachhaltige Produktion.
3. Anti-Foodwaste-Konzept sowie ökonomisch tragbare Menupreise.
4. Hohe Qualität bezüglich Nährwerte und Zusammensetzung der Mahlzeiten gemäss Empfehlung der Schweizerischen Gesellschaft für Ernährung.
5. Einen fixen Tag mit ausschliesslich vegetarischen Menus.

Projektlink: http://bit.ly/Box1_Lausanne

Beispiel 2 Basel

Die Stadt Basel hat eine kantonale Arbeitsgruppe unter der Leitung der Kantons- und Stadtentwicklung eingesetzt, welche die Arbeiten zu Essen und Ernährung in den unterschiedlichen Departementen koordiniert. Diese hat ein Massnahmenpaket für eine nachhaltige Ernährung im Kanton Basel-Stadt erarbeitet. Die elf Massnahmen fokussieren auf drei Ziele:

1. Regionale Lebensmittelversorgung und Wertschöpfung stärken.
2. Eine vielfältige, gesunde, faire und umweltverträgliche Verpflegung fördern.
3. Lebensmittelabfälle vermeiden.

Projektlink: http://bit.ly/Box2_Basel



Foto : Magali Girardin

Beispiel 3 GRTA

Der Kanton Genf fördert seit 2004 mit Hilfe des von ihm geschaffenen Labels «GRTA» (Genève Région – Terre Avenir) die Produktion und den Konsum lokaler Nahrungsmittel. Das Label ist für Produzenten von Lebensmitteln auf allen Stufen gedacht, von der Urproduktion über die Verarbeitung bis hin zu den Restaurants, die Lebensmittel aus der Region verwenden. Es ist mit bestimmten Kriterien verknüpft, welche erfüllt werden müssen: So garantiert es 1) hohe Qualität, Vielfalt, naturnahe, gentechfreie Produktion, 2) kurze Wege und Nähe zwischen Produzenten und Konsumenten, 3) Rückverfolgbarkeit und Transparenz, 4) faire Preise für landwirtschaftliche Produkte und korrekte Bezahlung für die Arbeit sowie 5) Handeln gemäss Prinzipien der Nachhaltigen Entwicklung. Mit dem Label werden Ziele, welche im «Loi genevoise sur la promotion de l'agriculture» festgelegt sind, umgesetzt, so u.a. «favoriser les liens entre ville et campagne dans une perspective de plus grande proximité» (Art. 1, al. 2).

Projektlink: http://bit.ly/Box3_Geneve